

Interpellation betreffend Förderung der politischen Partizipation

Eine Demokratie lebt davon, dass möglichst viele Einwohnende des entsprechenden Staatswesens an der Entscheidungsfindung beteiligt werden.

In der Schweiz hat der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung und somit die Zahl an Einwohner/innen, die sich an den Wahlen und Abstimmungen nicht beteiligen können, in den letzten Jahren zugenommen. Versuche niedergelassenen Ausländer/innen das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen scheiterten jedoch, z.B. im Kanton Basel-Stadt 2010 am Volksmehr.

Die Kantonsverfassung von BS lässt immerhin den Gemeinden die Einführung eines kommunalen Stimm- und Wahlrechts zu. Ob sich dafür in Riehen aktuell eine politische Mehrheit finden lässt, ist fraglich.

Um die ausländischen Bewohner/innen unseres Kantons vermehrt am politischen Entscheidungsprozess zu beteiligen, wird derzeit auf kantonaler Ebene die Einführung einer Ausländermotion diskutiert.

Neben dem Petitionsrecht kennt Riehen auch die sog. Volksanregung. Dieses politische Instrument, das auch von Bewohner/innen ohne Schweizer Pass genutzt werden kann, scheint wenig bekannt und wurde bisher auch kaum genutzt.

Ich bitte deshalb den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist die Gemeinde bereit, die Anliegen der nichtstimmberechtigten Wohnbevölkerung ernst- und entgegenzunehmen und die vorhandenen Möglichkeiten zur politischen Partizipation (Petition, Volksanregung) bekannter zu machen?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um der Wohnbevölkerung ohne Stimm- und Wahlrecht diese politischen Instrumente und andere Partizipationsmöglichkeiten näher zu bringen? (z.B. Kontakt mit Migranten- und Jugendorganisationen, Informationsabgabe an Neuzuziehende)
3. Welche politischen Ämter in der Gemeinde stehen auch ausländischen Personen offen (z.B. Schulräte, gemeinderätliche Kommissionen)?
4. Ist der Gemeinderat bereit, eine angemessene Anzahl ausländischer Bewohner/innen unserer Gemeinde in solche Gremien zu wählen, wenn diese analog den Schweizer Bürger/innen über die nötigen Voraussetzung verfügen?
5. Kann sich der Gemeinderat die Bildung einer gemeinderätlichen MigrantInnenkommission vorstellen, die beratend in für MigrantInnen relevante politische Prozesse einbezogen wird und die Verbindung zu MigrantInnengruppen und -vereinen sicherstellt?

Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.



Am: PR	<input checked="" type="checkbox"/> Bearbeitung <input type="checkbox"/> dir. Erledig. <input type="checkbox"/> z. K.	Kop: AR
Bem. / Frist:		Vis: fch
	20. April 2016	Gemeinde Riehen
FF:	<input type="checkbox"/> Bearbeitung <input type="checkbox"/> dir. Erledig. <input type="checkbox"/> z. K.	Kop:
Bem. / Frist:		Vis:
	Reg. Nr.:	

14-18.642.01